



## WID - Kompakt Nr. 17/47

- 1. Entwicklung der Verkehrswende: Umstieg auf E-Mobilität**
  - 2. Immigration als Herausforderung für das Gesundheitswesen**
  - 3. Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Speyer**
  - 4. Nutzung des Förderprogramms „Budget für Arbeit“ in der Landesverwaltung**
  - 5. Afrikanische Schweinepest**
  - 6. Berichtsträge für die Landtagsausschüsse**
- 

### 1. Entwicklung der Verkehrswende: Umstieg auf E-Mobilität

Zu dem Thema „Entwicklung der Verkehrswende: Umstieg auf E-Mobilität in Rheinland-Pfalz“ hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt ([Drs. 17/5296](#)).

Sie erkundigt sich unter anderem nach dem Stand des Infrastrukturausbaus für Elektromobilität in Rheinland-Pfalz sowie den finanziellen und beratenden Förderungen in diesem Bereich. Zudem möchte sie in Erfahrung bringen, welche Maßnahmen die Landesregierung derzeit plant, um die Verkehrsangebote in Rheinland-Pfalz noch besser zu vernetzen. Auch will sie wissen, inwieweit die rheinland-pfälzischen Stromnetze (insbesondere die Verteilnetze) auf den zukünftig zu erwartenden Bedarf an Elektroladesäulen für E-Autos vorbereitet sind und welche Anpassungsmaßnahmen hier erforderlich werden.

### 2. Immigration als Herausforderung für das Gesundheitswesen

Das Thema „Immigration als Herausforderung für das Gesundheitswesen“ ist Gegenstand einer Großen Anfrage der Fraktion der AfD an die Landesregierung ([Drs. 17/5286](#)). Die Fraktion fragt unter anderem nach der Zahl registrierter Tuberkulose-Erkrankungen und anderer meldepflichtiger Erkrankungen (insgesamt und unter Asylbewerbern) in den Jahren 2016 und 2017. Auch erkundigt sie sich danach, ob das Landesgesundheitsamt Rheinland-Pfalz durch das Bundesamt für Gesundheit bezüglich des entdeckten multiresistenten Tuberkuloseerregers informiert wurde und ob neue Tuberkulose-Stationen bzw. Fachabteilungen in rheinland-pfälzischen Kliniken eingerichtet wurden.

### 3. Erweiterung der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Speyer

In ihrer Großen Anfrage an die Landesregierung erkundigt sich die Fraktion der AfD nach den Planungen zum „Ankunftszentrum“ für Asylbegehrende in Speyer ([Drs. 17/5284](#)). Hintergrund ist die von der Landesregierung geplante Erhöhung der Kapazitäten dieser Erstaufnahmeeinrichtung.

Die Fraktion fragt unter anderem, ob die Landesregierung vor dem Hintergrund der geplanten Aufstockung der Einrichtung konkret mit künftig steigenden Asylbewerberzuweisungen an das Land rechne. Zudem möchte sie in Erfahrung bringen, aufgrund welcher Überlegungen die Einrichtung in Speyer zu einem Ankunftszentrum ausgebaut werden soll und welche alternativen Standorte geprüft wurden. Auch erkundigt sie sich danach, wann und wie die Bevölkerung, die Lokalpolitik und die umliegenden Kommunen in die Planungen miteinbezogen wurden. Zudem fragt die Fraktion nach den Kosten für die Modernisierung bzw. Sanierung der gesamten Liegenschaft und der Aufteilung zwischen dem Bund, dem Land sowie der Stadt Speyer.

#### 4. Nutzung des Förderprogramms „Budget für Arbeit“ in der Landesverwaltung

Die Nutzung des Förderprogramms „Budget für Arbeit“ in der Landesverwaltung ist Gegenstand einer Großen Anfrage von Abgeordneten der Fraktion der AfD (Drs. 17/5276). Das „Budget für Arbeit“ ist eine Geldleistung, mit der Menschen mit Behinderungen der Übergang in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtert werden soll.

Die Anfrage enthält Fragestellungen zu der Anzahl der geförderten Personen in der Landesverwaltung, der Auswirkung der Förderung auf die Planstellenbesetzung, der Abstimmung mit den zuständigen Trägern der Eingliederungshilfe und dem Umfang der an die Landesverwaltung gezahlten Leistungen.

#### 5. Afrikanische Schweinepest

Nach der Bewertung des Friedrich-Loeffler-Instituts bestehe ein hohes Risiko zur Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest nach Deutschland. Dabei sei das Risiko, dass diese zunächst in die deutsche Wildschweinpopulation eingeschleppt werde, größer als das Risiko eines Ersteintrags in die Hausschweinpopulation. Dies teilt die Landesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage mit (Drs. 17/5273).

Um die Gefahr einer Infektion von Betrieben zu minimieren, sei es zwingend erforderlich, dass die gesetzlichen Haltungsverfahren und Biosicherheitsmaßnahmen in den schweinehaltenden Betrieben konsequent eingehalten würden, so die Landesregierung. Bei einem Auftreten der Schweinepest seien umfassende Handels- und Vermarktungsbeschränkungen für Hausschweine, Fleisch und Fleischzeugnisse von Hausschweinen und Wildschweinen nach dem geltenden Tierseuchenrecht zu erlassen. In der Folge könne es zu einem dramatischen Preisverfall kommen, auch in Regionen, die nicht direkt von der Seuche betroffen seien. Ein Auftreten bedeute zudem das Ende der regulären Schwarzwildjagd in Rheinland-Pfalz.

Es sei derzeit nicht beabsichtigt, Abschussprämien für die Erlegung des Schwarzwildes insgesamt oder einzelner Altersklassen zu zahlen. Hintergrund seien die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Auftreten der Klassischen Schweinepest in Rheinland-Pfalz in den Jahren 1999 bis 2012. Im damaligen Zeitraum sei zeitweise zur Bekämpfung dieser Seuche unter anderem eine Prämie für die Erlegung von schwachen Frischlingen ausgelobt worden, die jedoch zu keiner signifikanten Erhöhung der Jagdstrecke in dieser Altersklasse geführt habe.

#### 6. Berichtsansträge für die Landtagsausschüsse

Unter anderem stehen die nachfolgenden Anträge zur Behandlung in den nächsten Sitzungen der Ausschüsse an:

- Die **Mobilfunkversorgung in Rheinland-Pfalz** ist Gegenstand eines Berichtsanspruchs der Fraktion der SPD für den Medienausschuss (Vorlage 17/2676). In Rheinland-Pfalz bestünden teilweise Versorgungslücken im Mobilfunk (LTE und 3G-Netze), so die Fraktion. Sie beantragt daher einen Bericht der Landesregierung, inwiefern die Telekommunikationsanbieter ihrer Ausbaupflichtung zurzeit nachkommen.
- Einen Bericht der Landesregierung zu der von dem Institut für Publizistik der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz erstellten **Langzeitstudie Medienvertrauen** in Deutschland beantragt die Fraktion der CDU für den Medienausschuss (Vorlage 17/2644). Die Fraktion erkundigt sich unter anderem danach, ob die Landesregierung die Ergebnisse der Studie teilt und ob sie in ihrer medienpolitischen Arbeit Konsequenzen hieraus zieht.
- Das Thema **„Verhältnis zwischen den Visegrád-Staaten und der EU“** ist Gegenstand eines Berichtsanspruchs der Fraktion der AfD im Europaausschuss (Vorlage 17/2606). Die Visegrád-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei hätten bei dem vergangenen Treffen im Januar 2018 erneut bekräftigt, die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union nicht mitzutragen, so die Fraktion. Gegen Ungarn, Polen und Tschechien sei bereits durch die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet worden. Hierzu beantragt die Fraktion einen Bericht der Landesregierung.

- Ein Berichts Antrag der Fraktion der FDP zu dem Thema „**Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020**“ wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau behandelt (Vorlage 17/2681). Im Januar 2018 habe eine Sonder-Agrarministerkonferenz zur Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 stattgefunden, so die Fraktion. Ziel sei es gewesen, bei diesem Treffen eine gemeinsame Positionierung der Länderagrarministerinnen/Länderagrarminister für die Ministerpräsidentenkonferenz im Frühjahr 2018 abzustimmen. Zu den Ergebnissen beantragt die Fraktion einen Bericht der Landesregierung.
- Die **Pachtpreise in der Landwirtschaft** sind Gegenstand eines Berichts antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss für Landwirtschaft und Weinbau (Vorlage 17/2680). An den gestiegenen Pachtpreisen für die Landwirte in Rheinland-Pfalz durch die zunehmende Konzentration von Flächen bei immer weniger Betrieben werde Kritik geäußert, so die Fraktion. Sie beantragt daher einen Bericht der Landesregierung, wie sich die Pachtpreise in Rheinland-Pfalz entwickelt haben und welche möglichen Instrumente zur Verfügung stehen, um die Pachtpreise zu begrenzen.